

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15



Inhalt

An den Warschauer Aufstand von 1944 erinnert der SPD-Vorsitzende Rudolf Scharping.

Seite 1

Widersprüchlichkeit und Ohnmacht des Bundesumweltministers deckt anlässlich der Ozonlawine Dr. Liesel Harstenstein MdB auf.

Seite 2

Gemeinsam mit der neuen Regierung in Ruanda muß das Flüchtlingsland gelindert und eine neue Flüchtlingswelle verhindert werden, fordert Klaus Kübler MdB.

Seite 3

49. Jahrgang / 145

1. August 1994

Bitte um Vergebung

Aussöhnung mit Polen ist eine dauernde Aufgabe

Von Rudolf Scharping

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der fünfzigste Jahrestag des Warschauer Aufstands von 1944 ist Anlaß zum mahnenden Gedenken nicht nur für Polen, sondern auch für uns Deutsche. Er erinnert an verdrängte Greuelthaten, die Konsequenzen der NS-Expansion und die Ausweitung von Stalins Machtbereich. Für die Polen ist er das nationale Symbol des Widerstandes gegen die deutsche Besetzung. Am 1. August 1944 erhoben sich Angehörige der polnischen Heimatarmee (Armia Krajowa) unter General Tadeusz Komorowski. 63 Tage dauerte der ungleiche Kampf. Die schlecht bewaffneten Aufständischen blieben allein. Die Rote Armee leistete keine Hilfe. Mit ungeheurer Brutalität wurde der Aufstand von SS-Regimentern, Wehrmachtseinheiten und deutschen Hilfstruppen niedergemacht, hilflos tausende Zivilisten erschossen, Kriegsgefangene erhängt, Warschau völlig zerstört. Am 2. Oktober kapitulierten die letzten Aufständischen. Polens Elite war "ausgemerzt", das politische Geschick des Landes für Jahrzehnte besiegelt, bis sich die Polen selbst mit Solidarnocs aus den Fesseln des Sowjetsystems befreiten.

Während Willy Brandt mit seinem Kniefall vor dem Mahnmal für den Aufstand und die Vernichtung des Warschauer Ghettos (von 1943) ein unvergessenes Zeichen der Sühne setzte, haben die Opfer des Warschauer Aufstandes in Deutschland in gebotene Achtung bisher nicht gefunden. Zum 50. Jahrestag am 1. August hätte man von den Regierenden in Bonn eine große Geste erwarten dürfen. Aber der Kohl-Regierung, die sich bis zur deutschen Einigung schon mit der Anerkennung der polnischen Westgrenze so schwer tat, mangelt es bis heute an angemessener Sensibilität für das schwierige deutsch-polnische Verhältnis.

Die mutige Entscheidung von Staatspräsident Lech Walesa, zum 50. Gedenktag auch die Präsidenten Deutschlands und Rußlands einzuladen, verdient Respekt und setzt ein nobles Zeichen der Aussöhnung. Die Bitte um Vergebung muß von uns Deutschen kommen. Für die SPD ist dies eine moralisch-politische Pflicht. Nur aus der Erinnerung an das Unrecht der Vergangenheit kann eine bessere Zukunft erwachsen. Die Regierung Willy Brandts beschränkt mit dem Warschauer Vertrag von 1970 den richtigen Weg und schuf die Basis, auf der Polen und Deutsche zueinander finden können.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 190167, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verwendet Umweltschonendes
Papier



Die deutsche Sozialdemokratie ehrt mit dem Gedenken an den Warschauer Aufstand die Opfer der NS-Diktatur und bittet das polnische Volk um Vergebung für das unsägliche Leid, das Deutsche Polen zugefügt haben. Die Brücke, die das demokratische Polen uns heute baut, müssen wir entschlossen, aber auch mit der gebotenen Sensibilität betreten. Die Aussöhnung mit Polen ist für die deutsche Sozialdemokratie eine dauernde Aufgabe - die Bedingung für gutnachbarliche Beziehungen in einem zusammenwachsenden Europa.

(-/1. August 1994/hgs/ks)

Ozonlawine entlarvt Töpfers Ohnmacht **Umweltschutz ist keine Schönwetteraufgabe**

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB
Stellvertretende Vorsitzende des Umweltausschusses des Deutschen Bundestages

Es war höchste Zeit, daß ein Bundesland handelt, wenn die Bundesregierung sich als handlungsunfähig erweist. Seit Jahren fordert die SPD-Fraktion die verbindliche Festlegung eines Ozongrenzwertes - nach der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sollten 120 Mikrogramm pro m³ Luft nicht überschritten werden.

Die im Frühjahr 1994 beschlossene Verordnung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz, die den Kommunen ursprünglich die Möglichkeit geben sollte, bei hohen Ozonwerten großräumige Verkehrsbeschränkungen zu verhängen, ist völlig unzureichend. Einen Grenzwert für Ozon erhält sie nicht; die Grenzwerte für Stickoxide, Dieselruß und Benzol sind viel zu hoch. Außerdem zielt die Verordnung eher darauf ab, die Interessen des Straßenverkehrs als die Gesundheit der Bürger zu schützen.

Wortgeklingel statt Taten! Die Gesundheit bleibt auf der Strecke. Ozon ist ein schlimmes Reizgas, das Augenentzündungen, Kreislaufschwächen, Kopfschmerzen und, bei Langzeitbelastungen, auch Lungenschäden hervorruft.

Das weiß auch der Bundesumweltminister. Aber er setzt sich in der Bundesregierung nicht durch.

Dabei hat Töpfer recht, wenn er sagt: regionale Geschwindigkeitsbegrenzungen seien wenig wirksam. Gewiß: wirksamer wären bundeseinheitliche Regelungen, die größere Räume umfassen. Genau hier ist Fehlanzeige.

Er hat auch recht, wenn er fordert, die Ursachen zu bekämpfen. Dies bedeutet aber nichts Geringeres, als den motorisierten Straßenverkehr einzudämmen, und zwar sowohl den Schwerverlastverkehr als auch den Individualverkehr.

Aber: derselbe Bundesumweltminister hat 1992 im Kabinett Kohl dem Bundesverkehrswegeplan des (damaligen) Verkehrsministers Krause zugestimmt, der noch einmal 12.000 km neue Autobahnen bauen will. Bis zum Jahre 2010 soll sich der Straßenverkehr, nach den eigenen Prognosen des Bundesministeriums für Verkehr, verdoppeln. Das hält unsere Umwelt nicht aus, das halten die Menschen nicht aus.

Deshalb ist eine radikale Kursänderung erforderlich.

Die SPD fordert:

- 1) ein Kurzfristprogramm:
 - Festlegung eines gesundheitspolitisch vertretbaren Ozongrenzwertes
 - ein einheitliches europäisches Tempolimit und die Möglichkeit für die Kommunen, bei hohen Ozonkonzentrationen stärkere Beschränkungen befristet verhängen zu können
 - gesetzliche Reduzierung des Benzolgehalts auf maximal 0,5 Prozent
 - Fahrverbote für Autos ohne geregelten Katalysator
 - Vorgaben für die Halbierung des Kraftstoffverbrauchs bis zum Jahre 2000
- 2) ein Langfristprogramm mit einer grundlegend neuen Weichenstellung in der Verkehrspolitik, die Verkehrsvermeidung und Verkehrsverlagerung auf die Schiene und den ÖPNV in den Vordergrund rückt und die öffentlichen Investitionsmittel in Bund und Ländern entsprechend einsetzt.

Die BVWP von 1992 ist Makulatur - jedenfalls dann, wenn ernsthaft ein umweltverträgliches Verkehrssystem geschaffen werden soll. Wo bleibt die ökologische Offensive des Bundesumweltministers?

Töpfers Defensivhaltung offenbart seine Ohnmacht. Wer kurzfristig nur auf das vermeintliche Wählerverhalten schießt, versagt vor den Herausforderungen der Zukunft.

Umweltschutz ist keine Schönwetteraufgabe, sondern eine Überlebensnotwendigkeit.

(-/1. August 1994/hgs/ks)

Mit der neuen Regierung Ruandas zusammenarbeiten
Eine zweite Flüchtlingswelle in Ruanda muß verhindert werden

Von Klaus Kübler MdB

Die Situation in Ruanda ist nicht nur in den Flüchtlingslagern um Goma, sondern im ganzen Lande dramatisch. Fünf bis sechs Millionen Menschen von insgesamt 7,5 Millionen Einwohnern befinden sich auf der Flucht. In Kigali zum Beispiel leben zur Zeit nur etwa fünf Prozent der normalen Bevölkerungszahl. Es gibt in der Hauptstadt Kigali weder Wasser, Strom oder Telefonverbindungen, noch sind Geschäfte geöffnet oder arbeiten Fabriken. Vergleichbar schwierige Situation findet man in den kleinen Städten und Dörfern. Im ganzen Land gibt es zur Zeit keine Infrastruktur mehr.

In Gesprächen mit Kagame wurde mit Nachdruck darauf gedrängt, daß die Flüchtlingslager so rasch wie möglich aufgelöst werden. Kagame hat dies zugesagt. Die Auflösung der Lager und die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Dörfer ist deshalb eine absolut vorrangige Aufgabe, weil dann noch eine Chance besteht, daß eine für das Land wichtige Ernte und die Aussaat für eines der wichtigsten Grundnahrungsmittel, die Bohne, noch rechtzeitig erfolgen kann. Die Ernte verfault aber derzeit an den Halmen. Andernfalls würde sich die schwierige Ernährungssituation für zwei Wachstumsperioden als unzureichend darstellen.

Die Sicherheitslage ist in weiten Teilen des Landes gewährleistet. Deshalb fordere ich die Bundesregierung auf, sofortige Hilfen zur Unterstützung der zurückkehrenden Flüchtlinge zu leisten. Eine Bitte, die mit Nachdruck auch von der neuen Regierung ausgesprochen worden ist. Der Zustand des Landes ist so kaputt, daß das Land der dringenden Rehabilitation bedarf. Das gilt für Wasser, Elektrizität, Telekommunikation, Verkehr und die administrativen Grundstrukturen. Eine der vorrangigen Maßnahmen, die von der deutschen Seite geleistet werden müssen, ist die Unterstützung der Wiederinbetriebnahme des Radiosenders in Kigali, damit die Regierung die Möglichkeit hat, die Bevölkerung über die Sicherheitssituation zu informieren und die Menschen zur Rückkehr in ihre Heimat auffordern kann. Vorrangig ist auch die Wiederinbetriebnahme der Deutschen Welle in Kigali. Frankreich läßt nach wie vor nicht die Vertreter der neuen Regierung in die von der französischen Armee besetzten Schutzzonen. Es ist dringend notwendig, daß die französische Regierung ihre Haltung ändert, um umgehend Vertreter der neuen Regierung in die besetzten Gebiete einreisen zu lassen, damit das Mißtrauen der dorthin geflüchteten Menschen abgebaut werden kann und sie zur Rückkehr aufgefordert werden können. Das zentrale Problem des Landes ist die umgehende Rückkehr der Bevölkerung in ihre Wohnorte. Es ist deshalb nicht notwendig, Strukturen in den Flüchtlingslagern zu schaffen, weil die Rückkehr das vorrangige Ziel sein muß.

Es ist jetzt schon abzusehen, daß UNAMIR nicht in der Lage sein wird, die von Frankreich geschaffenen Schutzzonen ordnungsgemäß zum vorgesehenen Termin am 21. August zu übernehmen. Von der notwendigen Truppenstärke her benötigt UNAMIR 5.500 Soldaten. Zur Zeit hat UNAMIR nur 700 Soldaten. Mit weiteren 800 tunesischen Soldaten wird in etwa zehn Tagen gerechnet. Außerdem fehlt UNAMIR eine ausreichende Ausstattung. Frankreich ist nicht bereit, die Ausstattung ihrer 3.000 Elitesoldaten den UNAMIR-Soldaten zu überlassen. Nach den vorliegenden Informationen über vorhandene Möglichkeiten von UNAMIR ist UNAMIR nicht in der Lage, die notwendigen Aufgaben in den dann ehemaligen französischen Schutzzonen wahrzunehmen.

Wenn weiterhin die Propaganda durch Angehörige des alten Regimes über Greuelthaten der neuen Regierung anhält, ist mit einer zweiten Flüchtlingswelle nach Zaire zu rechnen, die das Ausmaß von Goma weit übersteigt. Deshalb ist es dringend erforderlich, UNAMIR in die Lage zu versetzen, seine Aufgaben wahrzunehmen. Es besteht die dringende Notwendigkeit, daß Frankreich endlich bereit ist, mit der neuen Regierung in Ruanda zusammenzuarbeiten, insbesondere in den von Frankreich besetzten Gebieten. Sonst droht eine zweite Flüchtlings-Katastrophe, für die die französische Regierung Mitverantwortung tragen würde.

(-/1. August 1994/hgs/ks)
